



Wir zahlen nicht für eure Krise!

Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!

Demonstration. Samstag, 20. März, ab 12:30 Uhr in Essen

Die kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise ist keineswegs vorüber. Hat sie zunächst vor allem hunderttausende Leiharbeiter und sonstige prekär Beschäftigte getroffen, so steht **das dicke Ende mit Massentlassungen auch von Stammbeschafteten, Erhöhung von Massensteuern, weiterem Sozialabbau und Lohndumping** noch bevor. Bisher haben gigantische kreditfinanzierte Konjunkturprogramme und billiges Geld der Zentralbanken weltweit der maroden Wirtschaft noch einen leichten Schub gegeben. Aus Sozialabgaben der Werktätigen und Steuergeldern finanzierte Kurzarbeit hat weitergehende Massentlassungen noch unter der Decke gehalten. Diese Maßnahmen sind begrenzt bzw. laufen aus.

Die zig-Milliarden, die weltweit – bei uns von Merkel und Co – den Banken und Konzernen in den Rachen geworfen werden, fallen nicht vom Himmel. Es sind Steuergelder, Werte, die von den Lohnabhängigen geschaffen wurden bzw. zukünftig zur Abtragung der Schulden erarbeitet werden müssen. Abhängig Beschäftigte, kleine Selbstständige, Erwerbslose, Rentner/innen und die heranwachsende Generation sollen für die Geschenke an Banken und Konzerne zur Kasse gebeten werden. **Uns Lohnabhängigen, seien wir noch beschäftigt, erwerbslos oder in Rente, stehen drastische Kürzungen von Sozialleistungen und Löhnen, eine allgemeine Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen, bevor.**

... wenn wir uns nicht wehren ...

Schon bisher fehlten millionenfach Arbeitsplätze und hunderttausende Ausbildungsplätze, schon bisher wurde per Drohung mit Arbeitslosigkeit und Hartz IV Lohndumping betrieben, wurden die Arbeitszeiten verlängert, die Arbeitshetze verschärft, drückte das Kapital massiven Sozialabbau durch, während es auf den Finanzmärkten den durch uns erarbeiteten Reichtum verzockte und sich die Verluste aus Steuergeldern auszahlen ließ.

Schon jetzt stehen wir vor einem maroden Bildungssystem und zahlen Studiengebühren, schon bisher werden gerade junge Arbeitslose schikaniert und mit Hartz IV in die Armut geschickt, während immer mehr Geld für Jugendzentren und andere öffentliche Leistungen gestrichen werden. Damit die Krisenfolgen nicht in Form von weiterem Sozialabbau, Bildungskahlschlag und Lohndumping auf uns abgewälzt werden, sondern die **Verursacher der Krise** zahlen, müssen wir Lohnabhängigen **eigene Forderungen ohne jede Rücksicht auf die (Profit-)Belange des Kapitals** aufstellen. Wir brauchen ein breites kämpferisches Bündnis gegen das Kapital. **Wir demonstrieren und kämpfen für die Umsetzung folgender Forderungen:**

(bitte wenden)

Das Kapital soll für die Folgen der Krise aufkommen !

- **Arbeitszeitverkürzung auf 30-Std./Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.** *Damit werden Entlassungen erschwert und unsere Lebensbedingungen verbessert. Sie ist angesichts der immens gestiegenen Produktivität (die sich unter kapitalistischen Profitbedingungen als Massenerwerbslosigkeit äußert) überfällig.*
- **Gesetzlicher Mindestlohn von 10 €/Std.** *Er muss als Existenzminimum von Erwerbstätigen steuerfrei bleiben! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.*
- **Bezug von Arbeitslosengeld I mindestens fünf Jahre lang zu 80 % des vorhergehenden Nettolohns.**
- **Anhebung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf mindestens 500 €, damit auch der Kinderregelsätze!** *Zumutbarkeit von Vollzeitlohnarbeit nur, wenn Lohn und Kindergeld von Hartz IV unabhängig machen. Keine Zumutbarkeit von Löhnen unter 10 € brutto.*
- **Grundrente in Höhe von 1.000 € brutto als Mindestrente innerhalb der Rentenversicherung.** *(1000 € brutto = 900 € netto oder 500 € Eckregelsatz plus Warmmiete)*
- **Rente mit 60 statt 67 ohne Abschläge.** *Das dient der Arbeitszeitverkürzung und der Verringerung von Erwerbslosigkeit. Anhebung des Rentenalters dagegen bedeutet Arbeitszeitverlängerung und Rentenkürzung und noch mehr Erwerbslosigkeit.*
- **Wiederherstellung der paritätischen Kranken- und Pflegeversicherung.** *Weg mit allen Plänen für eine Kopfpauschale.*
- **Ausbildungsplätze für alle und Übernahme aller Auszubildenden.**
- **Kostenlose Bildung und EINE Schule FÜR ALLE!**
Studiengebühren abschaffen – *Bachelor/Master System reformieren.*
- **Wiederanhebung des Körperschaftsteuersatzes der Kapitalgesellschaften und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer mindestens auf den alten Stand von 56%. Wiedereinführung der Vermögenssteuer.**
- **Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten.** *Warum werden Brot, Getränke, Kleidung usw. mit Umsatzsteuer belegt (was wir nicht befürworten), der Handel mit Aktien, Devisen usw. aber nicht?*
- **Absicherung von Bankgeschäften mit erheblich mehr Eigenkapital, mindestens 10 % der Bilanzsumme.** *Banken sollen für ihre Verluste selber zahlen.*
- *Schon immer hat das Kapital versucht, auch mit Aufrüstung und Krieg seine Krisen zu lösen: Keinen Menschen, keinen Cent für Aufrüstung und Krieg. Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland.*
- **Wir beanspruchen volles politisches Streikrecht auch in der BRD!**

Demonstration "Wir zahlen nicht für eure Krise!"

20. März, Willy-Brandt-Platz, Essen

Auftaktkundgebung ab 12.30 Uhr

Von Dortmund aus fahren wir gemeinsam nach Essen mit dem
Regionalexpress um 11:44 Uhr (per Mehrfahrten- & Mitnahme-Tickets).

Treffpunkt um 11:15 Uhr am Info-Point in der Bahnhofshalle.

Orientierungs- und Sammelpunkt: Transparent "Sozialforum Dortmund"